

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle: Tagesblatt Riesa,
Bismarckstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft, des
Kates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Verlagskonto: Dresden 153
Groschlagstr. 52.

Nr. 21.

Freitag, 25. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 12.-31. Januar 1924 2.20 Mk. einchl. Bringerlohn. Für den Rest des Jahres sind die 7 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewehrung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für den Abnehmer des Tagesblattes sind 12 1/2 Mk. (6 Blätter) 25 Gold-Pfennige; die 7 Uhr vormittags auszugeben; 100 Gold-Pfennige; wochentäglich und tabellarischer Satz 50 Pf., Aufschlag, feste Tarife. Erzähler an der Spitze. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Kollektionsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzschtr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Zur Entstehung der Rentenmark.

Wie sich um den Ruin, die Geburtsstunde Somers zu sein, haben griechische Städte gestritten, so streiten sich heute um den Ruin, die Rentenmark erfunden zu haben, mehrere Parteien und Parteiführer. Als die Rentenmark geschaffen wurde, wußten viele Sachverständige, die in der Lösung der Währungsfrage überhaupt eine sehr zweifelhafte, mehr hemmende als fördernde Rolle gespielt haben, nicht genug Bedenken und Proteste zu erheben und propheteien ihren alsbaldigen Zusammenbruch; heute, da sie wider Erwarten sich geradezu überraschend gut bewährt und nach dem beispiellosen Währungsversagen eine einseitige Stabilisierung und eine Hemmung in der Unsicherheit und Uebertreibung des wirtschaftlichen Lebens gebracht hat, will jeder an dem Ruhme der Rettung sein Anteil haben. So ist seit geraumer Zeit in der Presse ein heftiger Streit entbrannt, welchem Manne und welcher Partei das Verdienst gebührt, in der höchsten Not des Landes die rettende Tat vollbracht zu haben. Das ist ja unser altes Unglück, daß in den Händen unserer Politiker alles, aber auch alles, zur Parteiliche wird, sogar die Währungsfrage, die man unter normalen Verhältnissen und normalen Zeiten als eine Sache der Allgemeinheit anprechen darf. In den Blättern der Deutschnationalen Partei erhebt Dr. Helfferich für sich den Anspruch, daß er schon Anfang August 1923 der Regierung ein Projekt ausgearbeitet habe, das jetzt durch die Verordnung über die deutsche Rentenmark verwirklicht worden sei. Im „Vorwärts“ wird das Verdienst, die Rentenmark geschaffen zu haben, Herrn Disinger zuerkannt. Wer die Vorarbeiten zur Schaffung der Rentenmark objektiv verfolgt hat, wird über jedes Parteigedank lächeln. Denn an der Schaffung der Rentenmark haben sehr viele einzelne Personen, aber auch mehrere Parteien mitgewirkt. Die Regierung hatte im August, als der Zusammenbruch ihrer Finanzwirtschaft klar vor Augen lag, ein Steuerprogramm vorgelegt, auf dessen Grundlage eine neue deutsche Währung errichtet werden sollte. Der deutsche volksparteiliche Abgeordnete Albrecht stellt dem Regierungskomitee die Idee einer staatlichen Umlage auf Koggen, Kofke, Stahl usw. entgegen, die zugleich die Garantie für ein Rentengeld und Rentenbriefe abgeben sollte. Die Idee wurde von volksparteilichen Abgeordneten selbst an Herrn Helfferich zur Prüfung ihrer technischen Durchführbarkeit herangebracht und Helfferich hat dann einen Plan ausgearbeitet, der im wesentlichen eine Koggenwährung vorschlug, die aber wegen der Unsicherheit und den Schwankungen des Koggenpreises, auch wegen der einheitlichen Begünstigung der Landwirte, entschieden abgelehnt wurde. Aus den Beratungen ist Johann die Rentenbank und die Rentenmark hervorgegangen, die schließlich noch legerreicher gewirkt hätte, wenn nicht die Vorarbeiten durch die sich gänzlich widersprechenden Sachverständigenurteilen und durch biloteratische Hemmnisse allzu lange aufgeschoben worden wären.

Die 26 prozentige Ausfuhrabgabe.

Die Berliner „Z.N.“ erklärt, sind die mündlichen Verhandlungen in London wegen der 26prozentigen Reparationsabgabe nach mehrmaligen eingehenden Beratungen zwischen zwei Delegierten der deutschen Regierung und den Vertretern der britischen Regierung für kurze Zeit vertagt worden. Die Erörterungen haben einwandfrei ergeben, daß die Regierung Baldwin auf Vereinbarkeiten aus dem German-Reparationsvertrag nicht verzichten wollte. Sie hätte sich dabei auf die Bar- und Sachleistungsverpflichtungen, welche die deutschen Industrien an der Ruhr Frankreich und Belgien gegenüber eingegangen sind und denen eine spätere Erhaltung nach Ordnung der Finanzen durch die deutsche Regierung zugesichert worden ist. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß diese Leistungen unter dem Druck der Währungsnot erzwungen seien und andererseits durch die Möglichkeit auf Reparationskonto allen Alliierten, also auch England zu Gute kämen. Während die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, Verpflichtungen einzugehen, welche über den Kreis des besetzten Gebietes hinaus ganz Deutschland zu weiter laufenden Reparationszahlungen verpflichten würde und die britische Regierung von ihrem Standpunkt nicht abwiche, Deutschland aber andererseits Barleistungen nicht leisten könnte, ohne dadurch eine neue Inflation hervorzurufen und die Rentenmark zu gefährden, oder wenn sie dem Handel direkt auferlegt würden, diesen zu Grunde zu richten, so sind die Verhandlungen vorläufig vertagt worden. Der deutsche Vorschlag lief darauf hinaus, daß gegen eine vorläufige Umlagerung der Regelung dieser Reparationsabgabe der englischen Regierung hinsichtlich ihrer Ansprüche die gleichen Zusicherungen durch die deutsche Regierung gemacht werden sollten, wie sie den Ruhr-Industriellen gemacht worden sind, nämlich spätere Erhaltung nach Ordnung der deutschen Finanzen. Eine Einigung in dieser Richtung ist aber verhindert worden, weil England seinen Vorschlag annehmen wollte, der nicht sofort vereinbar war auch mit Rücksicht auf die Behinderung anderer Reparationsgläubiger nicht imstande, Vorschläge zu machen, welche fortlaufende Zahlungen an England allein vorsehen. Die Angelegenheit wird nach Rücksprache mit den deutschen Wirtschaftskreisen weiter verfolgt werden.

Die englische Gesandtschaft gegen die 26prozentige Ausfuhrabgabe.

Die englische Gesandtschaft gegen die 26prozentige Ausfuhrabgabe. Die Berliner „Z.N.“ erklärt, sind die mündlichen Verhandlungen in London wegen der 26prozentigen Reparationsabgabe nach mehrmaligen eingehenden Beratungen zwischen zwei Delegierten der deutschen Regierung und den Vertretern der britischen Regierung für kurze Zeit vertagt worden.

parationsabgabe für sich resultlos verlaufen sind, haben sich, wie der deutsche Handelsdienst aus London meldet, führende Männer der Londoner City an die englische Regierung gewendet mit dem Ersuchen, im Interesse des britischen Handels auf diese Abgaben zu verzichten.

Dr. Schacht von Poincaré empfangen.

Paris. Der Ministerpräsident Poincaré hat gestern nachmittag den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht empfangen. Im Verlaufe des Nachmittags empfing Poincaré ferner die interparlamentarische Gruppe, den Finanzminister de La Batellerie, den Kriegsminister Maginot und den spanischen Botschafter.

Dr. Schacht über das Problem der Goldnotenbank.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der gestern abend nach Berlin zurückkehrte, hat den Berliner Vertreter der „Z.N.“ empfangen, um ihm einige Mitteilungen über seine Tätigkeit und seine Eindrücke in Paris zu geben. Dr. Schacht betonte, daß die Angaben über sein Projekt, des sogenannten Goldbankprojekts, die gestern in Pariser Blättern auftauchten, nichts anderes seien, als Aussprüche aus einem von ihm vor einiger Zeit veröffentlichten Leitartikel und daß seine Angaben zum Teil überholt seien. Ein Projekt, wie das erwähnte, verändere sich naturgemäß im Laufe der Ereignisse. Dr. Schacht betonte, daß er seine Ansicht im Hinblick auf den Weltmarkt ausgesprochen habe, daß dieser sich ihm jedoch nicht anfühlt, sondern zum Teil andere Ideen verfolgt, sodaß nicht für alles, was beschlossen werden sollte, der Reichsbankpräsident verantwortlich gemacht werden kann. Dr. Schacht erklärte fernerhin, daß gegenüber einer in Deutschland verbreiteten Auffassung auch er für die Gründung der Goldnotenbank keine internationalen Kredite, die gleichbedeutend mit einer politischen Aktion seien, in Anspruch nehmen, sondern daß er die Bank mit dem in Deutschland befindlichen Devisenbestand gründend und ausländisches Kapital zur Verteilung an Unternehmen auslasten wolle. Das sei etwas ganz anderes und dieser Unterschied sei von Wichtigkeit. Den ausländischen Devisenbestand in Deutschland hofft Dr. Schacht in hohem Maße nutzbar machen zu können. Ueber die Frage der Finanzkontrolle äußerte sich Dr. Schacht ablehnend. Dagegen sei die Beteiligung von Ausländern, darunter Neutralen, im Aufsichtsrat der Bank vorsehen, damit die Vertreter fremder Kapitalien leben können, wie in Deutschland mit ihren Mitteln umzugehen wird. Die Idee einer separaten Wirtschaftsgemeinschaft, wie die der Rheinischen Bank, lehnte Dr. Schacht als abtun ab. Schließlich erklärte Dr. Schacht, daß zwischen dem Goldbankprojekt und dem Reparationsproblem ein inniger Zusammenhang bestehe. Ohne die Schaffung einer Goldwährung könne es keine Reparationszahlungen geben.

Der englische Eisenbahnerstreik geht weiter.

London. Da die Leiter der Eisenbahngesellschaften es ablehnten, von dem Spruch des staatlichen Schiedsgerichts abzugehen, erklärte die Streikleitung, daß der Streik zu ihrem Bedauern weitergehen müsse.

Arbeiterregierung und Eisenbahnerstreik.

London. Die Arbeiterregierung verfolgt die Streikbewegung mit wechselnder Besorgnis. Der neue Arbeiterminister Shaw hatte gestern mit den exekutiven Mitgliedern der Tradesunion eine längere Besprechung dieser Frage gehabt und hat am Nachmittag dem Kabinett einen Bericht über den Stand des Streiks gemacht.

Auswirkungen des Eisenbahnerstreiks auf den Bergbau.

London. Die Lebensmittelzufuhr nach London hat auch gestern kaum zu wünschen übrig gelassen. Dagegen ist die Anknüpfung von Kohlen große Besorgnis aus. In Liverpool erklärte man, daß sich die Schwierigkeiten sehr verschärft hätten. Die Kohlenhändler haben aus der Situation Vorteil geschlagen, nachdem sie den Doppelzentner Kohle statt zu 2 Schilling für 28 Schilling verkaufen. Mehr als 80 000 Kohlenarbeiter in New-South Wales müssen infolge des Mangels an Transportmitteln feiern. In North Shire und in der Gegend Tyne haben die Arbeiter gleichfalls ihre Tätigkeit unterbrochen müssen. In Hull sind die Schiffe nach dem Festland aufgebroschen, um Kohlen zu besorgen. In den Docks von Hull ist die Arbeit vollständig zum Stillstand gelangt. Nach der „Daily Mail“ haben 600 Stahlarbeiter in Durham die Fabriken verlassen.

Die erste Kabinettsitzung.

Macdonalds Regierungsmethoden.

London. Die Minister der Arbeiterregierung haben gestern ihre Amtstätigkeit aufgenommen. Ueber die getragene Kabinettsitzung ist amtlich verlautbart worden, daß das Kabinett vorläufige Entscheidungen in einer ganzen Reihe von Fragen einschließlich der der Arbeitslosigkeit und der Lage der Landwirtschaft getroffen hat und daß es gemäß seiner Reichsliste eine Kommission zur besonderen Prüfung dieser Fragen ins Leben gerufen hat. Einer der ersten Eindrücke, den die neue Regierung auf die Öffentlichkeit gemacht hat, ist der, daß sie sich entschlossen hat, an die sofortige Regelung aller Probleme heranzutreten, denen sie gegenübersteht. In Anbetracht, die den Völkern und nach haben, wird behauptet, Macdonald habe Lord Carmichael aufgefordert, die Vertretung Englands im Völkerbundrat an Stelle von Lord Robert Cecil zu übernehmen, da dieser die

Stellung als Mitglied der bisherigen Regierung bekleidete. Lord Carmichael ist einer der bekanntesten englischen Kirchenrechtler und hat an den Bemühungen in der Wiederherstellung Europas vornehmlich als Mitglied des Dissoziales zur Bekämpfung der russischen Hungersnot aktiven Anteil genommen.

Kommunistische Ausschreitungen im Erzgebirge.

Blutige Zusammenstöße mit der Polizei.

Schwarzenberg. Die Kommunisten hatten für Dienstag abend 6 Uhr zwei Versammlungen einberufen. Nach Beendigung dieser Versammlungen sammelten sich die Versammlungsteilnehmer auf dem Marktplatz zu einer Demonstration. Die schon seit längerer Zeit in Schwarzenberg verhaftet anwesende Landespolizei verbot die Demonstration mit dem Gummiknüppel auseinander zu jagen, die Bemühungen der Lupo blieben ergebnislos. Als aus dem Demonstrationstreffen auf die Landespolizei eine Handgranate geworfen wurde, griff diese zur Schußwaffe und eröffnete das Feuer. Im Verlaufe dieser Schießerei, die von den Kommunisten erwidert wurde, töteten die Kommunisten 15 Verwundete ein. Einer von ihnen, der eine zweite Handgranate werfen wollte, erhielt einen Kopfschuß. Die Verluste der Lupo betragen 7 Verwundete, davon zwei schwer. Die Schießerei dauerte bis gegen 2 Uhr nachts an. Der Führer der Demonstration wurde verhaftet. Ein Mann der Demonstration erlitt während der Schießerei einen Herzschlag und blieb tot auf dem Plage. Ein starkes Kommando Landespolizei ist in Schwarzenberg eingetroffen. Durch die explodierende Handgranate wurden viele Fenster Scheiben der am Marktplatz gelegenen Häuser zertrümmert.

Au diesen Unruhen, die sich nicht nur auf Schwarzenberg beschränkten, verbreitet das Wehrfreiheitskommando folgende amtliche Darstellung:

Dresden, 24. Januar. Am 23. Januar abends 8 Uhr im Gebiet von Schwarzenberg zu Unruhen gekommen. Nachdem in letzter Zeit in diesem Gebiet wieder mehrfach gefährliche Handlungen vorgekommen waren, war seit Montag in diesem Gebiet ein stärkeres Kommando Landespolizei und Hilfspolizei eingeleitet, um die Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Gestern abend bildeten sich im Anschluß an Versammlungen, die zu politischer Aufregung führten, in Schwarzenberg Demonstrationen, die die Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, nicht annehmen. Als die Polizei zum Gummiknüppel griff, wurde sie mit Handgranaten beworfen und anschließend auch beschossen. Die Polizei mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen und stellte schließlich die Ruhe wieder her. Soweit bis jetzt festgestellt ist, hat die Polizei 7 Verwundete, die Demonstrationen 1 Toten und 10 Verwundete, wahrscheinlich auch mehr.

Während dieser Vorgänge in Schwarzenberg bildeten sich auch in der Gegend um Schwarzenberg Demonstrationen, die aufgelöst wurden.

Zu gleicher Zeit kam es auch in Albersdorf bei Rade bei einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und der Menge. Als hier ein Polizeikommando zur Verhaftung eines kommunistischen Führers schreiten wollte, wurde die Polizei beschossen und mußte auch ihrerseits von der Waffe Gebrauch machen. Auf Seiten der Polizei wurden zwei Beamte verletzt. Mehrere Verhaftungen wurden durchgeführt.

Da es sich hier um Unruhen handelt, die gleichzeitig an verschiedenen Orten ausgebrochen sind, und bei denen die Waffe über Waffen verfügt, muß angenommen werden, daß es sich um ein planmäßig vorbereitetes Unternehmen handelt. Die Ruhe ist augenblicklich wieder hergestellt. Die Lage bleibt gespannt. Noch in der Nacht sind starke Detachen der Polizei und Hilfspolizei durch die Staatspolizeiverwaltung in das Unruhegebiet abgejagt. Weitere Detachen sind bereitgestellt.

Briefzensur und Telefonkontrolle in der Pfalz.

Speyer. Die Briefzensur ist von der französischen Besatzungsbehörde erneut über die Stadt Speyer verhängt worden. Alle ein- und auslaufende Post wird kontrolliert. Die Telefongespräche in- und außerhalb der Pfalz werden seit gestern von den Separatisten überwacht. Das Postamt Speyer hat von den Separatisten den Verbot erhalten, daß alle einlaufenden behördlichen Schreiben zunächst den Separatisten zur Einsicht vorgelegt werden müssen.

Ab heute

bis einschl. 31. Januar 1924 beträgt der
Bezugspreis für das „Riesner Tageblatt“

80 Pfennige

einschl. Bringerlohn frei Haus.

Neubesetzungen zur Vermittlung an die
Zeltungsstellen werden jederzeit in der
Geschäftsstelle, Grotzschtr. 59, angenommen.

Verlag des „Riesner Tageblattes“.